

Sagen, was Sache ist.



Wir sind Europa!

s Rote Füchsele

www.spd-ehingen.de

Nr. 194

erscheint monatlich

1. Januar 2010

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Wer [grundsätzlich] gegen Politik ist. ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird.”
Bertolt Brecht (1898 - 1956)

Haushaltsrede vom 17.12.2009
für die SPD-Gemeinderatsfraktion

Verabschiedung des Haushalts der
Großen Kreisstadt Ehingen für das Jahr 2010

2010 schlechter als 2009

Georg Mangold, SPD-Fraktionsvorsitzender

Herr Vorsitzender, wertete Ratskolleginnen und -kollegen, das Jahr 2010 wird nach vielen Schätzungen steuer- und finanztechnisch schlechter werden als 2009. So hatten die Kommunen 2008 bundesweit ein Steueraufkommen von insgesamt 77 Mrd. Euro; für 2009 wird mit einem Aufkommen von nur noch 69 Mrd. Euro und für 2010 mit lediglich 66,5 Mrd. Euro gerechnet. In Baden-Württemberg mussten die Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr mit 1,7 Mrd. Euro weniger Steuern auskommen. Besonders der kommunale Finanzausgleich und der Anteil an der Einkommensteuer gingen deutlich zurück. Besonders hart trifft es viele Gemeinden, dass auch das Gewerbesteuerertragsaufkommen landesweit um ca. 900 Mio. Euro zurückgegangen ist.

Für das Jahr 2010 müssen die Kommunen mit einem noch deutlich höheren Rückgang rechnen. Voraussichtlich werden nochmals fast 2,5 Mrd. Euro weniger bei den Kommunen an-

kommen. Umgerechnet stehen im Jahr 2010 pro Einwohner gegenüber 2008 rund 250 Euro weniger auf der Einnahmeseite. Herr Baumann hat für Ehingen einen Betrag von knapp

weiter auf Seite 3 →→→

Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte |
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 6 Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- 8 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
- 10 Damals im Januar
- 11 ASS
- 12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 14 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 15 Protokoll Dienstagstreff
- 16 Anträge der SPD-Kreistagsfraktion
- 18 "Neue" Werkrealschule: Beitrag zur Chancengerechtigkeit oder nur ein neuer verzweifelter Versuch?
- 19 Füchselein vorerst durch "Fremdhilfe" vor dem Hungertod gerettet
- 20 Termine, Hinweise u. a.

Adress-
Aufkleber



Liebe Leserinnen und Leser!

Im Vordergrund dieser Ausgabe steht, was unsere Ehinger SPD-Fraktion zum städtischen Haushalt meint. Haushaltsrecht ist Königsrecht. Durch die Vergabe von Mitteln wird ein Gemeinwesen gelenkt. Ohne Geld ist bekanntlich (fast) alles nichts, zumindest nicht, was kommunale Aufgaben anbelangt.

Im Haushaltsplan legt eine Gemeinde fest, welche Aufgaben sie im kommenden Kalenderjahr weiterführt oder in Angriff nimmt. Hiermit werden also die entscheidenden Weichen

für die nahe, die mittelfristige und auch die ferne Zukunft gestellt.

Die "EU-Verfassung" stärkt die Kommunen! Das wird Thema des Januar-Dienstagstreffs.

Sogar der eher konservative Lehrerverband VBE sieht in der Tragikomödie "Neue Werkrealschule" einen blamablen bildungspolitischen Eiertanz. Die Medien sind voll der Thematik Hauptschule und Werkrealschule. Ein Beitrag auf Seite 18 nimmt eindeutig Stellung. Natürlich kann (oder muss) man innerhalb des

Systems das jeweils Beste daraus zu machen versuchen und darf diejenigen, die sich darin redlich abmühen, nicht prügeln.

Man darf sich aber andererseits Gedanken machen, ob und warum wir als fast einzige in Europa an diesem Schulsystem überhaupt krampfhaft festhalten sollen, nur weil die konservative Mehrheit es so will. Man darf auch - und dies geschieht in diesem Heft - darüber nachdenken, WARUM es die CDU und FDP vielleicht so und nicht anders haben wollen.

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre

Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am		wird	Eintrittsjahr		Jahre
	(-)		1990	Ulrich Keßler	20
			1995	Amjad Saeed	15
			1966	Ingrid Krell	44
			1972	Christa Rinker	38
			1971	Lutz Deckwitz	39
			1971	Georg Mangold	39
			1980	Gerhard Tessin	30
			1971	Manfred Kistler	39
			1974	Josef Kneer	36
			1974	Rosemarie Bauer	36
			1973	Margret Fuchs-Ehlert	37



Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet Natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchse wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. **Gewählte Redaktionsmitglieder:** Stefan Enderle, Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchse, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de * Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen* Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



■■■ Fortsetzung von Seite 1 — Haushalt

1 Million Euro berechnet. (-800 000 Euro beim Anteil an der Einkommenssteuer, -100 000 Euro bei der kommunalen Investitions-pauschale, - 13 000 Euro beim Familienlastenausgleich)

Herr Baumann, im Gegensatz zum Doppelhaushalt des Landes legen Sie Ihren Haushalt wieder zeitgerecht vor. In Stuttgart wird die III. Lesung entgegen der Vorgaben der Landesverfassung erst im Februar stattfinden. Dadurch verbleibt bei uns Kommunen jedes Mal eine Unsicherheit im Kommunalhaushalt über die finanziellen Leistungen des Landes.

Wir gehen also mageren Jahren entgegen. Natürlich hoffen wir alle, dass es keine Hungerjahre werden. Bisher konnte die Krise durch verschiedene Konjunkturprogramme der alten Bundesregierung abgemildert werden. Auch in unserem Haushalt stehen Investitionsmittel, die aus dem Programm zur Verbesserung der allgemeinen und der Bildungs-Infrastruktur

stammen. Das ist gut, denn nirgends sichern Steuergelder mehr Arbeitsplätze als bei den Kommunen. Ehingen konnte den 25 % Eigenanteil über eine Entnahme aus den Rücklagen gut finanzieren. Das hat nicht in allen Gemeinden geklappt. So haben wir in Ehingen 2010 tatsächlich kein verflixtes siebtes Jahr, sondern das siebte Jahr in Folge, in dem wir keine neuen Schulden aufnehmen müssen. Das ist allein schon fast ein Grund dem Haushalt zuzustimmen.

Wie schwierig vorausplanende Finanzpolitik ist, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen: Im Januar 1992 hat der Vorgänger von Herrn Baumann beim Kauf des Adolffgrundstücks gesagt: "Wenn alles schief läuft, dann muss die Stadt diese 13,5 Mio (damals noch DM) insgesamt 5 Jahre vorfinanzieren. Dann müssen wir dafür noch 1-3 Mio aufbringen." Inzwischen sind 17 Jahre vergangen und größere Teile des Grundstücks gehören immer noch der Stadt.

Das Beispiel ist kein Vorwurf, aber es zeigt: Stadtplanung und Finanzplanung sind sehr langfristige und schwierige Geschäfte.

Wenn wir die Hebesätze und die städtischen Gebühren auch weiterhin nicht erhöhen wollen, brauchen wir auch in den nächsten Jahren ein konsequentes Nein bei zusätzlichen Ausgaben. Eine Zuführungsrate von 4,1 Mio Euro wäre auch in der Zukunft erfreulich.

Wie weit wir bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise wirklich sind, werden im nächsten Jahr die Arbeitslosenzahlen und die tatsächlichen Steuereinnahmen zeigen. Leider wird jeder Hoffnungsschimmer sofort durch eine "bad" (verwende Pseudo-Anglizismus bewusst) Neuigkeit getrübt. Wer hätte vor Wochen gehäht, dass sogar ein Staat wie Dubai zahlungsunfähig werden kann? Wie in der globalen Finanzkrise steht auch hier der unmoralische Größenwahn als Ursache ganz weit vorne.

Nicht einmal die Höhe der

weiter auf Seite 5 →→→

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-539 05, Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Anker; anker-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalgeschäftsstelle Poststraße 7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de - Fon 07351/5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87

Büroleiterin Bruni Ohrke; Bruni.Ohrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ul, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger.

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - (22 77 51 42),

Fax 0 30 - (22 77 67 13), hilde.mattheis@bundestag.de; Kerstin Krell, Markus Heckmann, Karl Piberhofer (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete Evelyne Gebhardt MdEP (Künzelsau); EGebhardt.MdEP@T-Online.de; www.evelyne-gebhardt.eu
Büroleiter Wim Buesink ■



SPD-Berichte aus BERLIN

Hilde Mattheis MdB informiert

Anlässlich des Bildungsgipfels von Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt Hilde Mattheis, MdB:

Merkels und Schavans Bekenntnis zur Bildung ist unglaublich

"Der für morgen geplante sogenannte ‚Bildungsgipfel‘ ist eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger. Denn sowohl das ‚Wachstumsbeschleunigungsgesetz‘ als auch die ab 2011 geplante Senkung der Einkommenssteuer entziehen den Bundesländern und Kommunen die finanziellen Mittel für Kitas, Schulen, Hochschulen und Universitäten. Ein glaubhaftes Bekenntnis zu steigenden

Ausgaben für Bildung und Wissenschaft kann es nur durch eine Sicherung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte geben. Die schwarz-gelbe Regierung ist hier völlig unglaubwürdig, denn sie unternimmt das Gegenteil. Die von ihr geplanten Steuersenkungen gefährden den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland," so Mattheis.

"Studierende wollen keine Showveranstaltungen, sondern Zusagen, was ihre berechtigten Forderungen nach Mitbestimmung und Abschaffung der Studiengebühren angeht. Es geht nicht, einen Bildungsgipfel in Berlin abzuhalten und vor Ort Schulstandorte zu

schließen und Studierende nicht ernst zu nehmen," sagte Mattheis weiter.

"Die SPD bleibt bei ihrem Ziel, bis zum Jahr 2015 10 Prozent des Brutto-Inland-Produkts für Bildung und Wissenschaft auszugeben," erklärt Hilde Mattheis weiter und verweist auf den Beschluss des Parteivorstandes, an der auch Vertreter streikender Studierender teilnahmen. "Zusätzliche Finanzmittel für die Bildung könnten durch eine Ausgestaltung der Erbschaftssteuer freigesetzt werden oder durch die Einführung einer Vermögenssteuer," so Mattheis weiter. ■

Dank an euch

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben mehr innerparteiliche Demokratie gewagt und gewonnen. Die Mitgliederbefragung zum Landesvorsitz war der erste wichtige Schritt zur Erneuerung der SPD.

Ich danke allen, die mir ihre Stimme und ihr Vertrauen gegeben und allen, die sich an der Befragung beteiligt haben und vor allem auch denen, die durch ihr Engagement die Urnenwahl möglich gemacht haben.

Mein Dank gilt besonders meinen UnterstützerInnen, die auf www.hilde-waehlen.de für mich Position bezogen haben.

Das insgesamt gute, aber vor allem das starke Ergebnis aus meinem Wahlkreis Ulm und Alb-Donau bestärkt mich in meiner Arbeit für die SPD.

Ich schöpfe daraus Kraft und die Zuversicht, dass uns der Neuanfang gelingen wird. Die engagierte Beteiligung vieler Mitglieder hat gezeigt, dass wir auf einem guten Weg sind.

Ich bitte alle, sich auch weiter in den politischen Erneuerungsprozess einzubringen, sich auf die eine oder andere Art zu engagieren und sich an unserer sozialdemokratischen Arbeit zu beteiligen.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen, eure Hilde Mattheis MdB



deutschen und europäischen Giftpapiere, die seit Montag mal eben schnell und leise in eine "schlechte Bank" ausgelagert werden, ist bekannt. Haben die Banken eigentlich keine Angst, dass der Volksmund eines Tages die Vorsilbe "bad" auch auf andere Banken überträgt? Kommunen werden weitere konjunkturelle Einbrüche bei unserer wichtigsten Einnahmequelle - der Gewerbesteuer - sofort spüren. Hier müssen weiterhin alle Verbände aufpassen, dass die Länder und der Bund ihre gierigen Finger von der Gewerbesteuer weglassen.

Trotz guter eigener Finanzlage ist es sehr schlecht für uns, dass es ausgerechnet bei den beiden wichtigen Aufgaben

- Ausbau von Schulen
- Ausbau der Betreuung in Kindertagesstätten und Kindergärten

die meisten Streitpunkte zwischen Land und Kommunen gibt.

Das Land hat ab 2009/10 einen Orientierungsplan für die Kindergärten verbindlich vorgeschrieben. Soll dieser Orientierungsplan sinnvoll um gesetzt werden, brauchen wir zwingend eine Qualitätsoffensive im Bereich der Kindergärten. Eine Qualitätsoffensive erfordert Verbesserungen beim Personalschlüssel, weitreichende Fortbildungsmaßnahmen und Verbesserungen bei der Erzieherinnenausbildung. Diese

Zusatzkosten können von den Kommunen nicht allein getragen werden. Die SPD fordert vordringlich eine angemessene Beteiligung des Landes und des Bundes an diesen Kosten. Es bleibt bei einer alten SPD-Forderung: Kindergärten müssen gebührenfrei werden, aber nicht allein auf Kosten der Kommunen.

Bis zum Jahr 2013 ist für 35 Prozent der unter dreijährigen Kinder ein hochwertiges Betreuungsangebot bereitzustellen. Wenn man bedenkt, wie schnell die Plätze in der neuen Kindertagesstätte am Hopfenhaus belegt waren, kommen hier sicher noch größere finanzielle Anstrengungen auf die Stadt Ehingen zu.

Ein Problem für die SPD-Fraktion ist, dass die Kleinkindbetreuung insbesondere alleinerziehende Frauen benötigt, Sozial- oder andere Hilfen zu beantragen. Die Diskussion um die Betreuungssätze zeigte einen "unangenehmen" Nebeneffekt. Wer zu wenig Einkommen hat - so die Aussage - bekommt ja Hilfe vom Amt. Also noch ein Beweis: Kinder sind (im angeblich reichen) Deutschland ein echtes Armutsrisiko. Um für sich selbst sorgen zu können - sprich um arbeiten zu können - muss Hilfe beantragt werden. Dadurch wird die Selbstachtung und die Selbstbestimmung von Menschen arg belastet.

Die SPD-Fraktion möchte wissen, ob die Verwaltung

den schon mehrfach geäußerten Gedanken von betrieblicher Kinderbetreuungen auch verfolgt? Ich habe schon in meiner letzten Haushaltsrede vorgeschlagen, diese Möglichkeit zusammen (z. B.) mit der Krankenhaus GmbH oder anderen Betrieben einmal genauer zu untersuchen. Inzwischen gibt es im ganzen Land viele gelungene Beispiele für Kinderbetreuung in Betrieben. Eine Untersuchung hat ergeben, eine vorbildliche betriebliche Kinderbetreuung hebt die Arbeitsleistung der MitarbeiterInnen um ca. 17 % an.

Bei der Sprachförderung im Vorschulalter haben wir in Ehingen eigene Modelle, die von Spendern, der Stadt und der Landesstiftung getragen werden. Auch hier wird das Land seinen Verpflichtungen nicht gerecht. Die extrem wichtige Aufgabe - alle Kinder sollen mit Beginn des Schulalters die sprachlichen Voraussetzungen für den Schulbesuch erworben haben - wird vom Land mit zu wenig Geld bedacht. Das Geld reicht im Land bei weitem nicht aus, um alle Kinder mit Sprachförderbedarf zu unterstützen.

Auch bei den Betreuungsangeboten an den Schulen und beim Ausbau der Ganztagschulen sperrt sich das Land. Die Ganztageschule ist bisher noch nicht einmal als eine mögliche Schulform im Schulgesetz verankert. Dadurch sind die Schulträger für viele Aufgaben des



Serie

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Artikel 7: Achtung des Privat- und Familienlebens

Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer Kommunikation.





■■■ Fortsetzung von Seite 5 — Haushalt

Ganztagsschulbetriebs finanziell zuständig.

Bei der Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit hat sich das Land total zurückgezogen. Schulsozialarbeit muss früh ansetzen und nicht nur "als Reparaturdienst" arbeiten. Schulsozialarbeit kann sehr gut mithelfen, dass die Schulen ihren Erziehungsauftrag noch besser erfüllen können.

Je mehr diese wichtige Arbeit von der Öffentlichkeit anerkannt wird, desto mehr zieht sich die Landesregierung aus der Mitfinanzierung zurück. Inzwischen beteiligt sich das Land überhaupt nicht mehr. Umso erfreulicher ist, dass es hier in Ehingen diese wichtigen Stellen trotzdem gibt. Seit diesem Schuljahr haben die Längenfelschule und die Realschule gemeinsam die zweite Schulsozialarbeitsstelle. Die Schulsozialarbeit sollte bald auf alle Schularten ausgedehnt werden, für die wir Schulträger sind. Auch der Kreis wird als Träger der Jugendsozialarbeit hier hoffentlich stärker einsteigen.

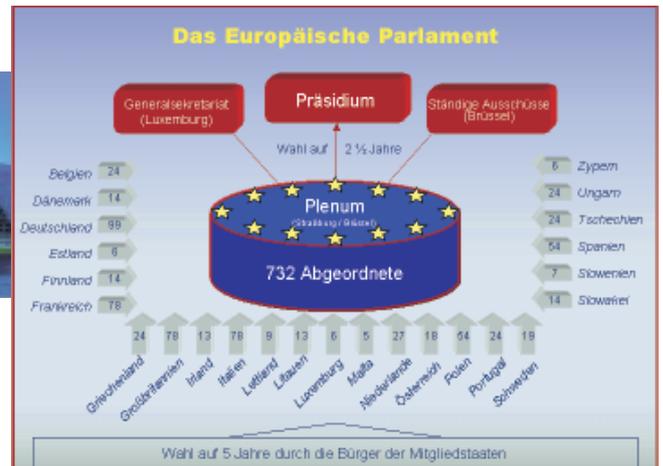
Wohin fließen die 15 Mio. Euro, die wir 2010 investieren können? Um diesen Wert zu erreichen, müssen wir allerdings 7,8 Mio. Euro (2009 nur 5,5 Mio. Euro) aus den Rücklagen entnehmen. Ende 2010 bleiben uns dann noch 12,6 Mio. Euro aus den früheren fetteren Jahren übrig.

- 2,5 Mio. Euro gehen an Schulen, darunter endlich auch für den Ganztagesbetrieb in der Längenfelschule und für Sicherheits- und Energieverbesserungen in fast allen Schulen
 - 0,5 Mio. Euro für Kindergärten und Kleinkinderbetreuung
 - 1,4 Mio. Euro für den II. Bauabschnitt im Franziskanerkloster (den schieben wir schon länger vor uns her)
 - weitere 2,6 Mio. für die Abwasserbeseitigung, der größere Batzen (1,7 Mio. Euro) in die Kanalisation), Begonnenes muss vollendet werden
 - 3,4 Mio. für Straßen - Wege - Radwege - Erschließungen, davon nicht wenig auch für unsere Teilorte, größter Posten ist eine erste Rate mit 0,78 Mio. Euro für den Umbau der Fischerkreuzung
 - 1,3 Mio. Euro für Tiefgaragenplätze in der unteren Stadt und 0,9 Mio. Euro für den Sanierungstopf
 - Insgesamt gibt es keine einzige spontane Ausgabe, wir finanzieren nur notwendige und z.T. seit langem geplante Vorhaben.
 - Eine Lokalzeitung hat während der Vorberatungen in einer Übersicht schön dargestellt, was wir uns im Jahre 2010 "noch" leisten können. Es sind mehrheitlich keine echten Pflichtaufgaben, aber es sind Leistungen, die unser Stadtmotto: Ehingen lebens- und liebenswert erst möglich machen. Für alle Angebote, die alle Geld kosten, können positive Attribute vergeben werden:
 - ein Freibad mit toller Lage und tollen Attraktionen
 - die Vhs, mit hervorragendem und breit gestreutem Angebot
 - die Jugendmusikschule mit vielen leistungsbereiten und auch begabten Schülerinnen und Schüler
 - die Stadtbücherei hat lebendige Angebote und ständig wachsende Leserzahlen, Multimedia spielt auch eine große Rolle
 - das Jugendhaus, stets bemüht neue Ideen zu finden, ein Ort wo die neu beginnende Kommunikation zwischen Verwaltung und Jugend stattfinden kann
 - ein zu lange geschlossenes Museum, das aber (hoffentlich) im nächsten Jahr nach sehr langer Planungszeit wieder groß rauskommen will; ich bin gespannt, wie die Galerie im Späth'schen Hof bei Touristen und den Ehinger Bürgern angenommen wird
 - ein Stadtmarketing, das nicht nur Filmfestivals und Innenstadtbelebung betreibt, sondern zusammen mit 5 Braumeistern eine neue "Kultur" geschaffen hat: Diese Aktion wird hoffentlich langfristige Ergebnisse bringen
 - Nicht vergessen möchte ich die Marktstadt Ehingen, 2 mal pro Woche einen Wochenmarkt, viele Krämermärkte, Trödelmarkt und, wir hören ihn ja, unser wichtiger Weihnachtsmarkt.
- Eine Bauausgabe möchte ich gesondert hervorheben: den Burghof. Es ist für den

weiter auf Seite 9 →→→



Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments



Europäische Bürgerinitiative

Hürden für die Bürgerinitiative so niedrig wie möglich

Mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zum 1.12.2009 wurde auch die Europäische Bürgerinitiative Realität.

Mit diesem neuen politischen Instrument wird es möglich sein, die EU-Kommission durch die Unterschriften von mindestens einer Million Bürgern aufzufordern, Gesetzesvorschläge vorzulegen. Wie die Bürgerinitiative im Detail umgesetzt werden sollte, diskutierten bei einer Veranstaltung der EU-Kommission und der Europäischen Bewegung Deutschlands

(EBD) Vertreter von Bürgerorganisationen, Behörden und Parteien. Die Runde plädierte dafür, die Hürden für die Bürgerinitiative so niedrig wie möglich zu halten. "Europäisch" sollte eine Initiative bereits dann sein, wenn sie von Bürgern und Bürgerinnen aus vier bis sechs Ländern unterstützt wird, die jeweils 0,1 bis 0,2 Prozent der Bevölkerung repräsentierten,

so ein Vorschlag. Zudem sollte die Frist für die Sammlung der Unterschriften nicht zu knapp sein. Wie von der Kommission vorgeschlagen, müsse auch klar sein, wer hinter einer Initiative steht. Die Konsultation zur Europäischen Bürgerinitiative läuft noch bis zum 31. Januar 2010. Umgesetzt werden soll sie bis Ende 2010. ■





■■■ Fortsetzung von Seite 7 — Haushalt

Bereich Bücherei ein absoluter Gewinn, dass das Gebäude wenigstens außen wieder ein gefälliges Aussehen hat. Allerdings glaube ich, wir müssen uns mittelfristig überlegen, wie wir dem Haus auch innen wieder Leben geben. Das Problem dabei: Dazu werden wir einige Euros brauchen

Man könnte noch mit vielen Dingen fortfahren: Grünanlagen, Kirbe, Jazzfestival, der Musiksommer, aktive Beteiligung an Vereinsjubiläen (z.B. 150 Jahre Spritzenmuck mit neuem Museum).

Die SPD Fraktion möchte sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, besonders natürlich bei der Finanzabteilung unter Ihrer Leitung, Herr Baumann. Die SPD Fraktion wünscht allen Damen und Herrn der Verwaltung und ihren Familien ein ruhiges Weihnachtsfest.

Unser Dank gilt auch allen Steuerzahlern, die mit

ihren Abgaben diesen Haushalt und die damit verbundenen Möglichkeiten für die Große Kreisstadt erst möglich machen. Wir sind froh, dass das Jahr 2009 speziell für unseren städtischen Haushalt nicht so schlimm wurde, wie es manchmal befürchtet worden ist. Ich hoffe, dass ich das am Ende des nächsten Jahres auch für 2010 sagen kann.

Zum Schluss möchte ich noch zweimal Dank sagen:

Der erste und wirklich sehr ernst gemeinte Dank gilt Herrn Landrat Heinz Seiffert, der sich als erster politisch Verantwortlicher öffentlich zu den Vorgängen im Wohnpark St. Franziskus geäußert hat. Seit Dienstag habe ich die Hoffnung, dass der Umzug und die einjährige Schließung sozial verträglicher gestaltet werden. Bisher ist das "Kündigen" und dann "Wiedereinstellen" in anderen Wirtschaftsbereichen üblich.

erteilt, eine regionale und menschliche Lösung zu suchen und auch zu finden. Wir haben das Gefühl, bisher wurde hauptsächlich eine für die Betreiber wirtschaftliche Lösung gesucht.

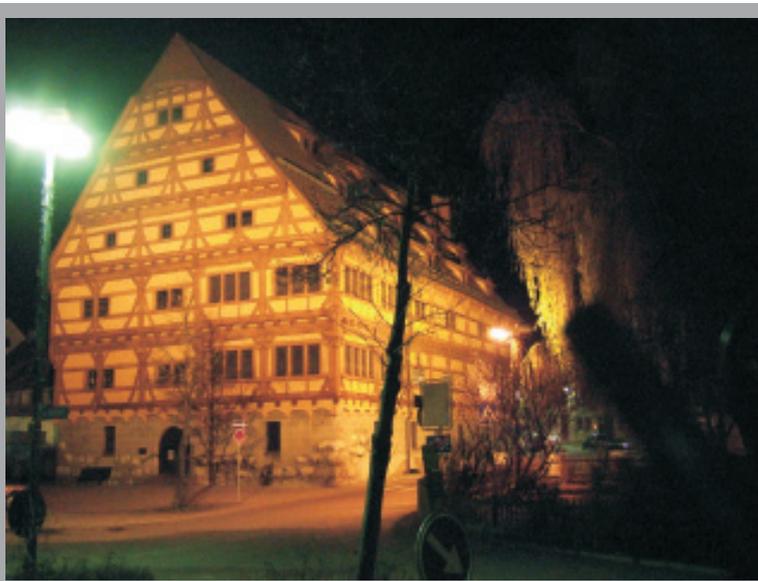
Der zweite Dank gilt der Verwaltung für den Vorgang "Skater-Anlage". Es hat mich gefreut, dass das zarte Pflänzchen Bürgerbeteiligung, das in meiner letzten Haushaltsrede ein wichtiger Punkt und auch Anlass für Kritik war, nun auf anscheinend fruchtbaren Boden gefallen ist. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Verwaltung möglichst viele Vorhaben und Ereignisse im Vorfeld den betroffenen Bürgern vorstellen und sie besprechen würde. Zwei aktuelle Beispiele dafür sind Funkmasten oder Solarfelder.

Als Nachtrag sei noch erwähnt: Die SPD-Fraktion ist nach wie vor dafür, dass der Haushaltstitel 7820 des Verwaltungshaushaltes ersatzlos gestrichen wird.

Landrat Seiffert hat absolut recht, wenn er den Auftrag

Starke Vermutung der Redaktion: Gemeint ist damit die steuerliche Bezuschussung der Vatterhaltung - LD

■



Das ehemalige Ehinger Spital, längst städtisches Museum, harret seiner Wiedereröffnung.

Foto: LD



Damals im Januar

Gerhard Tessin

Vor 100 Jahren (1910): Verlustbringende Kolonien

Nach dem deutsch-französischen Krieg und der Reichsgründung 1871 wandelte sich in den Folgejahren das deutsche Nationalgefühl - geschürt von konservativen Kreisen - in einen übersteigernden Nationalismus, der breite Bevölkerungsschichten erfasste. Wirtschaftlich längst ein Riese, sollte das Kaiserreich nun auch, wie andere europäische Großmächte, Weltmachtpolitik betreiben. Es beanspruchte auch einen "Platz an der Sonne", sprich Kolonialbesitz, und fürchtete, im Wettlauf um die Aufteilung der noch herrenlosen Gebiete der Erde zu spät zu kommen. So gab Reichskanzler Bismarck 1884/85 kaiserliche Schutzbriefe für bis dahin private deutsche Handelsniederlassungen in Afrika und Ozeanien aus. Daraus wurden die Kolonien Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika (Namibia), Deutsch-Ostafrika (Tansania), sowie Kaiser-Wilhelm-Land (Neuguinea), Bismarck-Archipel, Marshall-Inseln und weitere Inselgruppen im Pazifik. Dazu kam 1898 noch das Pachtgebiet

Kiautschou in Ostchina. Die Kolonien waren allerdings nur Prestigeobjekte, da sie als Rohstofflieferanten nicht profitabel waren. Auch als Absatzmarkt oder Auswanderungsgebiet hatten sie kaum Bedeutung. Anfang des neuen Jahrhunderts mussten zunehmend auch reguläre Truppen in die Überseegebiete verlegt werden, weil die Schutztruppen der aufständischen Eingeborenen nicht Herr wurden (Herero-Aufstand u.a.). Die Kolonien waren also bisher eine finanzielle Belastung für das Reich. Entsprechend fiel der Bericht über die Entwicklung der "Schutzgebiete" in Afrika aus, den die Regierung im Januar 1910 dem Reichstag vorlegte.

Deutsch-Südwestafrika: Weiße Bewohner 9410, Farbige Bewohner 63 117. Wirtschaftliche Nutzung: Diamantfelder von der Lüderitzbucht bis zum Oranjeffluss, Kupfererzbau und Bleiausfuhr. Ausbau der Eisenbahnstrecken, auch um das Land für die Viehzucht zu erschließen. Handelsbilanz 35 Mill. Mark, davon 27 Mill. für Importe.

Kamerun: Weiße 1127,

Farbige 1 300 000. Ausfuhr von Palmkernen, Palmöl und Kautschuk.

Handelsbilanz 30 Mill. Mark, davon 18 Mill. für Importe.

Togo: Über die Bevölkerungszahlen keine Angaben. Als Investition wurde der Ausbau der Eisenbahnlagen von Lomé nach Atakoame angegeben.

Deutsch-Ostafrika: Weiße 3387. Die Zahl der Farbigen war nicht feststellbar wegen der Wanderungen zwischen den deutschen, englischen und portugiesischen Kolonien. Die wirtschaftliche Nutzung war unerheblich. Die Bekämpfung der Schlafkrankheit bei den Eingeborenen erforderte finanzielle Sondermittel.

Unter dem Strich hatten die Kolonien eine negative Handelsbilanz. Die Regierung erwartete aber in weiterer Zukunft Gewinne. Verstärkt investiert werden sollte vor allem in Deutsch-Südwest in die Diamantenschürfung und den Ausbau der Viehzucht. An einheimischen Arbeitskräften herrschte kein Mangel, so der Regierungsbericht.

Vor 90 Jahren (1920): Wilhelms Auslieferung gefordert

In Paris wurden am 10.1. die



Friedensurkunden ausgetauscht. Somit konnte der Versailler Vertrag in Kraft treten. Eine Woche später forderten die Alliierten die Niederlande auf, den deutschen Exkaiser Wilhelm II. auszuliefern. Er sollte als Kriegsverbrecher abgeurteilt werden. In dem vom französischen Ministerpräsidenten Clemenceau unterzeichneten Brief wurde die niederländische Regierung gemahnt, sie dürfe nicht den "Haupturheber" von Völkerverbrechen schützen und habe sich den Forderungen der internationalen Politik zu beugen. Die Niederlande lehnten das Ersuchen ab. Sie beriefen sich auf ihre eigene Neutralität während des Krieges und Rechtstraditionen, "die dieses Land stets zu einem Zufluchtsort für diejenigen gemacht haben, die in

internationalen Konflikten unterlegen sind". Wilhelm II. war nach seiner Abdankung am 10. 11. 1918 ins holländische Amerongen geflüchtet und lebte dort bis zu seinem Tode 1941.

Vor 60 Jahren (1950): Markenzeit vorbei

Seit Beginn des Jahres wurden in der Bundesrepublik fast alle Lebensmittelmarken abgeschafft. Die Marken waren in den letzten Monaten bei den Behörden kaum noch abgeholt worden. Grund: in allen Geschäften waren die Artikel auch ohne Marken zum gleichen Preis zu bekommen. Engpässe gab es lediglich noch bei Zucker und Fett. Hier war man noch auf amerikanische Exporte angewiesen. An einer Statistik konnte man

die Verbesserung der Kaufkraft ablesen: In einem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt mussten 1949 für Lebensmittel 24 % der Verbrauchsausgaben aufgewendet werden. 1948 waren es noch 46 %. Für einen Netto-Stundenlohn (eines verheirateten Facharbeiters ohne Kinder) konnte man sich 1949 4,3 kg Brot, 15,9 kg Kartoffeln, 9,3 l Milch oder ein knappes Kilo Kotelett kaufen. Butter gab's 1100 g für den Stundenlohn und Kaffee 480 g. Es ging also aufwärts in der jungen Republik. Getrübt wurde das Bild durch wachsende Arbeitslosenzahlen. Zum Jahresanfang waren 1,78 Millionen registriert. Die Zahl stieg einen Monat später auf über 2 Millionen. Daraufhin kündigte der Bundesarbeitsminister ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung an. ■

Einladung 60Plus

Einladung zu unserem nächsten Treff am 10. Februar 2010 in Blaustein / AWO, Beginn: 15.00 Uhr sowie Kurzbericht unseres Treffens am vergangenen Mittwoch, 09.12.2009, in Blaustein

Liebe ASS / 60plusler,

Gestern hatten wir wieder eine eine sehr gute Beteiligung mit einer starken "Delegation" aus Dietenheim / Balzheim.

Die heftigste Diskussion entzündete sich rund um das Thema Stuttgart 21.

Auch die Themen Sarrazin sowie die neuesten Meldungen aus der EU und deren diplomatischem Dienst kamen zur Sprache.

Unser Senior Emil Lehle brachten den ersten Teil seines Vortrages über Friedrich Ebert - eine sehr interessante Dokumentation, die wir auch noch unseren Mitgliedern zur Verfügung stellen werden.

Mit Stolz berichteten wir auch über einen Zeitungsartikel der SWP, in dem über unseren Langenauer Ernst Junginger und seine

geschichtlichen Aktivitäten berichtet wird.

Ein besonderer Dank unserer Marianne Dieter, die uns in ihren Räumen mit einer ganz besonderen Dekoration erwartete. Kuchenspenden - Fruchteuchen - erreichten uns auch aus Langenau und Erbach. Euch allen herzlichen Dank!

Unsere Marianne trug zuletzt auch noch ein weihnachtliches Gedicht von Lorient vor und sorgte damit für einen zünftigen Abschluss des Nachmittages.

Horst Feiler, Illerkirchberg



Klara Dörner

Nutzen aus der Kreistagsarbeit

Kreistagebuch
Dezember 2009

Die letzte Sitzung im Jahr ist immer geprägt durch die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das kommende Jahr. Dies ist eher eine feierliche Angelegenheit, die jede Fraktion nutzt, um so eine Art politische Stellungnahme zu der vergangenen und der zukünftigen Arbeit abzugeben. Die eigentliche Diskussion über die einzelnen Haushaltsschwerpunkte und -posten geschah bereits in den Ausschüssen. Trotzdem ist es immer wieder interessant, welche grundsätzlichen Gedanken sich die einzelnen Fraktionen zu dem vorliegenden Werk machen. Da fließen Lob, Anerkennung, aber auch Fragen und Kritik in so eine Grundsatzrede mit ein.

Begonnen wird immer in der Reihe der "Schlagkraft" der Fraktionen - also CDU, Freie Wähler, SPD und Bündnis 90/die GRÜNEN. Dass der Kreis bisher noch recht gut dasteht - und dass das auch auf unsere Anteile durch die OEW an der EnBW zurückzuführen ist, wissen und anerkennen wir und sagen Danke. Umso mehr möchten wir

die EnBW auffordern, noch weitaus größere Anstrengungen auf dem Gebiet der erneuerbaren und alternativen Energieerzeugung zu unternehmen als bisher schon. Gerade die EnBW muss sich ihre Verantwortung für die Zukunft der Menschheit diesbezüglich immer wieder neu bewusst machen.

In der Einleitung zu den Reden griff Herr Landrat Seiffert nochmals die wichtigsten Diskussionspunkte aus den Ausschüssen auf. Es würden keine Änderungsanträge eingebracht, aber eine ganze Reihe von Prüfaufträgen, die alle die Zustimmung der Verwaltung fänden.

Der Antrag der Jägervereinigung auf die Abschaffung der Jagdsteuer konnte noch nicht bearbeitet werden, da die Abschaffung eine Satzungsänderung bedeuten würde und dies erst im Verwaltungsausschuss diskutiert werden müsse und dann im Kreistag öffentlich beraten werden könne. Das sei zeitlich in diesem Jahr nicht mehr möglich gewesen. Darüber seien aber die Jägervereinigung durch Herrn Landrat Seiffert bereits von einiger Zeit informiert worden.

Diese Aussage war für mich dahingehend besonders interessant und warf bei mir die Frage auf, weshalb dann drei Tage vor der Verabschiedung des Kreishaushaltes der Obmann für Jugend und Öffentlichkeit der Jägervereinigung Ebingen sich mit gleich drei Schreiben an mich wandte und um meine Unterstützung bat. Funktionierte die Kommunikation unter den Jägern nicht? Oder gehört auch dies zur Lobbyarbeit dazu? Über meine Einstellung zur Jagdsteuer werde ich ein anderes Mal berichten.

Nebst vier Anträgen der GRÜNEN stellte die CDU einen Antrag, die Freien Wähler einen und wir von der SPD drei (siehe Seite 16).

Sehr deutliche Worte fand Herr Seiffert zur Situation der Bewohner und Bewohnerinnen, aber auch des Personals, im Wohnpark St. Franziskus in Ebingen. Schade, es kam nicht immer ganz deutlich in der Presse heraus, dass es nicht an der Pflege-GmbH des ADK lag, also auch nicht an Herrn Neumeister, dass die Planungen so desolat aussahen. Erst durch den öffentlichen Druck von Herrn Seiffert scheint Bewegung in die



Sache gekommen zu sein. Dafür möchte ich Danke sagen.

Weitere Gedanken, die Herr Seiffert in seiner Einleitung aufführte:

Das Jahr 2010 wird kein Jahr der Spatenstiche sein, sondern höchstens ein Jahr der Einweihungen und der damit verbundenen Hoffnungen werden. Die Sparkasse Ulm und in Ehingen der Erweiterungsbau des Landratsamts in der Stadtmitte. Dort wird hoffentlich das Jobcenter auch seinen Platz finden können - für die "Kunden" wäre es eine große Erleichterung, wenn die beiden Dienstleister auch räumlich beieinander wären. In Ulm habe sich diese Praxis durchaus bewährt. Mit dem Neubau am Sternplatz in Ehingen wird das Gebäude in der Winckelhoferstraße frei; was mit ihm geschehen werde, wisse man noch nicht.

Die von der SPD-Fraktion angemahnte Umsetzung des Teilhabeplanes sei eine ständige Baustelle, über deren Fortschritt wir im neuen Jahr informiert werden sollen. Ebenso werde im März ein "Umweltbericht" vorgelegt. Er werde auch die eingeforderten Antworten auf verschiedene Prüfungsaufträge der GRÜNEN enthalten. Das dringlichste Problem, das es im neuen Jahr zu lösen gebe, sei die Frage der Schülerbeförderung. Wem kann man welche Anteile bezahlen, nachdem die meisten bisherigen

Hauptschulen nun zu Werkrealschulen und damit zu einer Wahlschule würden. Bereits im Februar wird sich der Verwaltungsausschuss mit dieser Frage befassen.

Das Thema Werkrealschule war übrigens in diesem Jahr ein Thema, das sowohl die Kommunen als auch die Schulen selbst sehr stark beschäftigte. Verständlich, denn welche Kommune kann und darf ihre eigene Hauptschule aufgeben - zumal an vielen Orten an der Hauptschulen sehr gute Arbeit geleistet wurde. Wie soll ein Bürgermeister oder ein Gemeinderat es seinen Bürgern erklären, dass es niemanden interessiere, dass die Hauptschule zwar in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk für jeden Hauptschüler eine Lehrstelle bereitgestellt habe, diese Hauptschule aber leider keine Zukunft mehr habe, weil die Zweizügigkeit nicht gewährleistet werden könne. Was bleibt einer Gemeinde als Gemeinwesen, wenn sie jetzt auch noch ihre Schule verliert? Klar, die Schülerzahlen sprechen ein deutliches Wort - aber wäre es da nicht ehrlicher gewesen, man hätte den Rat derer befolgt, die seit Jahren sagen: "Gemeinsam länger lernen - das ist für alle gut"? Wenn das Land sich vor dieser politischen Entscheidung drückt, weshalb ist es dann nicht Manns genug und schließt dann die Schulen selbst? Hier müssen Kommunen

die nicht zu Ende gedachten Konsequenzen einer Bildungspolitik ausbaden - weil ändern können sie sie als Kommune nicht. Weshalb meinen wir in Baden-Württemberg immer noch, dass wir gescheiter seien als der Rest in Europa? (Vgl. S. 18)

Gretchenfrage:

Es ist wahrscheinlich außergewöhnlich und manche/r mag es sogar als fehlendes Oppositionsdenken bezeichnen, aber der vorgelegten Haushaltssatzung stimmten alle Fraktionen zu. Da gehen einem immer wieder so Gedanken durch den Kopf, wie "Nehmen wir unsere Aufgabe als SPD in diesem Kreistag denn ernst genug? Müssten wir nicht viel mehr opponieren?" Wie kann es sein, dass eine Oppositionspartei so viele Entscheidungen mitträgt - wir sind doch nicht an der "Regierung"? Aber bei allem Nachdenken und bei allen Vorbehalten - die Entscheidungen, die bisher im Kreistag anstanden, waren allermeistens so "gestrickt", dass sie zum Wohle der Menschen im Kreis dienen. Sollen wir uns dann enthalten, wenn wir den Sachverhalt als richtig erachten - bloß weil es ein Vorschlag der Verwaltung oder einer anderen Partei war? Bisher jedenfalls hatten wir nicht oft eine Veranlassung, Entscheidungen nicht mitzutragen. Deshalb stimmten wir der Haushaltssatzung auch diesmal wieder zu - mit dem Hinweis, dass wir die Umfahrung in Bernstadt nicht für richtig erachten. ■



Er stand vor
10 Jahren
im Roten Füchsle

Dank und Glückauf!

Zu den Kommunalwahlen vom Oktober 1999 dankt die Ortsvereinsvorsitzende den ausgeschiedenen Gemeinderäten, darunter Gottfried Beck. Zugleich wünscht sie den neu oder wieder gewählten Räten eine glückliche Hand.

Genau wie es im Roten Füchsle stand

Ex-Kanzler Kohl zur Parteispendenaffäre: "Habe mehr auf Vertrauen als auf Gesetze geachtet." Eben wie es einem so passt! Passiert besonders bei den Schwarzen immer wieder: Nützt ihnen ein Gesetz gerade, so pochen sie darauf. Ist es lästig, nimmt man es nicht so ernst. Genau dies war schon vor Kohls Ausspruch im Roten Füchsle zu lesen.

Statt im Bierzelt

Unser damaliger Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Jürgen Meyer informiert: "Was tut der Mann zur Zeit?" Es kommt locker eine ganze Seite an Terminen zusammen.

Kreis-Jusos formieren sich

Sie gründeten die "Jusos Alb-Donau". In den Vorstand wurden u. a. gewählt: Frieder Heckmann, Tobias Leichtle und Oliver Ströbele.

Als Libero in der Region

's Rote Füchsle porträtiert den damals neuen und 2010 immer noch tätigen Regionalgeschäftsführer der SPD, Ulrich Möhrle.

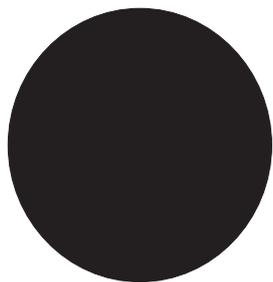
X (A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise von sich aus mitgeteilt. Danke!

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt e = enthalten

Hilde Mattheis MdB		
1	Verlängerung Bundeswehreininsatz in Afghanistan in Rahmen von ISAF (International Security Assistance Force)	n
2	Verlängerung Bundeswehreininsatz am Horn von Afrika im Rahmen von OEF (Operation Enduring Freedom)	n
3	Verlängerung Bundeswehreininsatz im Libanon im Rahmen von UNIFIL (United Nations Interim Force)	n
Martin Rivoir MdL		
1	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung bodenschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und abfallrechtlicher Vorschriften	j
2	Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW)	j
3	Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	j
Klärle Dorner, Kreisrätin		
1	Haushaltssatzung 2010 mit Festsetzung des Haushaltsplans und Beschluss über die Finanzplanung 2009-2013	j
2	EU-Dienstleistungsrichtlinie - einheitlicher Ansprechpartner	j
3	Änderung der Kreisgrenze wegen Rekommunalisierung des Truppenübungsplatzes Münsingen	j
4	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter beim Verwaltungsgericht Sigmaringen	j

Lesen, womit sich die Parlamente befassen ...



Der Diens- Tags- Treff



**Protokoll vom
1. Dezember
2009**

Dieter Volgnandt

Dienstags im Schwert. Der Abend verregnet, vorweihnachtliche Stimmung will nicht aufkommen. Die Genossen brüten was aus. Und weil so mancher Entladung oft ein Vorgewitter vorausgeht, bei dem die Blitze ins falsche Feld einschlagen, kam zuerst einmal die Volksabstimmung in der Schweiz dran, die uns eigentlich nichts angeht.

Was denn die versammelten Genossen davon hielten und ob sie sich äußern wollten. Nun sitzt man als seriöse Partei, auch wenn diese sich gerade ganz proustgemäß auf der Suche nach ihren Wählern befindet, zwar im Wirtshaus sozusagen im Glashaus, sprich am Stammtisch vor seinem Bier, seinem Schweizer Wurstsalat oder dem Russisch Ei, was das Schwert ganz Diät verabscheuend immer noch anbietet, doch Stammtischgeschwätz soll's eben nicht sein, wenn sich eine SPD staats- und kommunaltragend äußert, weshalb die versammelten Genossen zuerst einmal mürrisch der Stille pfliegen oder wenn man so will hin-

ter ihren Krügen Deckung suchten. Denn wer hätte hier schon etwas gegen Kirchen und Moscheen oder würde etwa das Grundrecht auf freie Religionsausübung beschneiden wollen? Natürlich keiner!

Aber in den guten Herzen aller, da brodelte und kochte trotzdem etwas innerlich, was nach unverdächtigen Worten suchte und sich zu äußern drängte, denn irgendwo fühlte man sich auch angegriffen und malte sich düster visionär die Übernahme der Herrschaft unter der grünen Fahne und ein Leben unter dem Gesetz des Propheten aus.

Ja, klar Religionsfreiheit schon, aber wenn schon dann für alle, auch für die Gläubigen, seien es Christen oder Muslime, die nicht im Schleier eingehüllt zur Urne gehen. Und wann darf in Mekka eine christliche Kirche gebaut werden? Ja, da war es wieder, das Gespenst der fehlgeschlagenen Multikultigesellschaft, oder, wenn man so will, die bösen Geister unseres jahrzehntelangen Integrations- und Wertever säumnisses.

Denn natürlich will keiner Parallelgesellschaften, die aber längst schon da sind, und natürlich will jeder, dass diejenigen, die Anerkennung, Toleranz und ihre Moscheen fordern, die Bringschuld an unser demokratisch-rechtsstaatliches System erbringen, was dann wiederum hieße, dass eben Ganzkörperkini und Totalverschleierung sowie Verbot oder Befreiung von Sportunterricht für Mädchen nicht auf deren Programm stehen. Aber wer ist schon "deren"?

Weiß doch längst jeder, dass wir vier Millionen nicht einfach über einen Kamm scheren und in einen Topf werfen dürfen. Und gehören nicht längst die zu uns, die zu uns gehören wollen? Es ist ein arg unvergorener Brei, der da gerade gerührt wird. Und wer da rührt, der passe auf, dass er nicht im Braunen fischt und sich mit einem Male die falschen Freunde angelt.

Ja, und da der Abend für das alles, das heißt das Stochern nach den richtigen Gründen im Sumpf nicht reichte, beschlossen die Genossen mit ihrer OV-Vorsit-





zenden dazu demnächst einmal richtige Experten einzuladen und rüberzuwechseln zu dem eigenen Teich, dessen Wasser zwar derzeit zwar äußerst niedrig, aber trotzdem nicht viel klarer sind.

Von Karlsruhe wurde berichtet und vom neuen Vorsitzenden aus Württemberg und von unserer Hilde, die in Karlsruhe beachtlich gut abge-

schnitten hat.

Die Geschichte mit Nils, was er so bewegen und stemmen will und wohin er die Partei in vier, fünf und zwanzig Jahren hinhaben will, überschlage ich jetzt, denn in meinen Ohren klang noch so Vieles wie ein kaum glaubhaftes Märchen aus uralten Zeiten, als die Propheten unserer Religion noch jung waren und dynamisch.

Dazu drängte der Aufbruch, der berufliche Alltag stand mir am frühen Morgen bevor und dafür getan war noch überhaupt nichts, weshalb ich früher ging und den Genossinnen und Genossen zum Abschied empfahl, wir müssten den Sozialismus neu erfinden und in ihren Augen das ungläubige Lachen mit auf den Weg nehmen. ■

Anträge der SPD-Kreistagsfraktion

Zum Bericht auf Seite 12.

Prüfung der Mitwirkung bei der Entwicklung einer europäischen Donaustrategie. - Antrag zum Haushaltsplan des Alb-Donau Kreises für das Haushaltsjahr 2010

Sehr geehrter Herr Landrat Seiffert,

Die SPD Fraktion stellt den Antrag die Landkreisverwaltung zu beauftragen zu prüfen in welchem Rahmen und unter welchen Bedingungen eine Mitwirkung des Alb-Donau-Kreises bei der Erarbeitung der europäischen Donaustrategie möglich ist.

Begründung:

Der Presse konnte entnommen werden, dass im nächsten Frühjahr in Ulm unter Federführung der EU Kommission eine Konferenz zur Erarbeitung einer europäischen Donaustrategie (EUDRS – Euro Danube Region Strategy) stattfinden soll.

Ergebnis soll eine Strategie für die Entwicklung des Donaupraumes vom Schwarzwald bis zum schwarzen Meer sein.

Da der Alb-Donau-Kreis ein Teil dieses Donaupraumes ist, sollte er alle seine Möglichkeiten nutzen sich aktiv in die Strategiediskussion einzubringen.



Prüfung zur Einrichtung weitere dezentraler KFZ Zulassungsstellen - Antrag zum Haushaltsplan des Alb-Donau Kreises für das Haushaltsjahr 2010

Sehr geehrter Herr Landrat Seiffert,

Die SPD Fraktion stellt den Antrag zu prüfen ob, und wo, die Möglichkeit besteht für weitere Gemeinden des Alb-Donau-Kreises eine ortsnahe externe KFZ-Zulassungsstelle einzurichten

Begründung:

Die in Langenau bestehende KFZ-Zulassungsstelle hat sich als bürgernahe Einrichtung des Landkreises sehr bewährt. Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert solche Einrichtung auch in anderen Städten des Landkreises anzubieten.

Einrichtung eines Europabüros in der Kreisverwaltung - Antrag zum Haushaltsplan des Alb-Donau Kreises für das Haushaltsjahr 2010

Sehr geehrter Herr Landrat Seiffert,

Die SPD Fraktion stellt den Antrag in der Kreisverwaltung eine Stelle mit der Aufgabe eines Europabüros einzurichten.

Begründung:

Europa, besonders die Europäische Union, gewinnt auf kommunaler Ebene immer mehr an Bedeutung. Beispielsweise durch die europäische Gesetzgebung, die sich in erheblichem Umfang direkt oder indirekt auf die Kommunen auswirkt, oder durch europäische Förderprogramme, die genutzt werden können, wenn man nur weiß wie.

Für einen Landkreis wie den Alb-Donau-Kreis ist es daher sehr wichtig, die Entwicklungen auf europäischer Ebene aufmerksam zu verfolgen und auf ihre Bedeutung für den Landkreis und seine Gemeinden hin zu überprüfen; denn nur wer frühzeitig über Informationen verfügt, kann sich auch richtig positionieren und angemessen handeln.

Innerhalb der Landkreisverwaltung sollte das Europabüro die zentrale Informationsstelle sein für Themen, die die Europäische Union betreffen. Es sollte insbesondere die Beschaffung, Sichtung und Auswertung von EU-Informationen übernehmen und diese an die entsprechenden Stellen weiter leiten

Wesentliche Aufgaben eines solche Büros sollten u.a. sein:

- Pflege einer umfangreichen Dokumentation zur Entwicklung zentraler EU-Politikbereiche und zu aktuellen EU-Themen sowie zu europäischen Rechtsvorschriften und Förderprogrammen
- Aufbereitung kommunalrelevanter europäischer Themen zur politischen Orientierung und als Entscheidungsgrundlage
- Weitergabe aktueller EU-Informationen und Ausschreibungen zu EU-Förderprogrammen an städtische Dienststellen, Eigenbetriebe, städtische Gesellschaften sowie an Schulen, Vereine und gemeinnützige Organisationen
- bei Bedarf Durchführung von Recherchen zu spezifischen Fragestellungen
- Kontinuierliche Verfolgung von Entwicklungen im Bereich der EU-Förderungen und Prüfung ob aktuelle Ausschreibungen für kommunale Stellen oder Einrichtungen von Interesse sind.
- Bereitstellung von wissenswerten und nützlichen EU-Informationen, zum Beispiel im EUROPA DIREKT Informationszentrum oder im Internet



Die "neue" Werkrealschule

Beitrag zur Chancengerechtigkeit oder nur ein neuer verzweifelter Versuch?

Klärle Dorner

Die Werkrealschule neuen Typs - ist sie wirklich ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit oder nur ein neuer verzweifelter Versuch, das dreigliedrige Schulsystem weiterhin aufrecht erhalten zu können?

Dreigliedriges Schulsystem produziert größere Bildungs-Chancen für Kinder mit reicheren Eltern

Das dreigliedrige Schulsystem, das wir in Baden-Württemberg haben, bedeutet, dass für Kinder im Verlaufe des vierten Schuljahres (meist Anfang März) eine Bildungsempfehlung für eine der weiterführenden Schulen ausgesprochen wird: bisher eine Empfehlung für das Gymnasium (Notenschnitt 2,5), für die Realschule (3,0) oder für die Hauptschule.

Dabei spielten schulische Noten in den Fächern Deutsch und Mathematik die entscheidende Rolle. Ab dem kommenden Schuljahr 2010/11 steht nun in der Bildungsempfehlung statt Hauptschule eben Werkrealschule. Aber die leistungsmäßig schwächeren Kinder werden weiterhin unter sich bleiben.

Entscheidung zur Trennung viel zu früh

Diese Entscheidung zu diesem frühen Zeitpunkt wird von nicht wenigen Lerntheoretikern in Frage

gestellt. Manche Kritiker sehen darin einen Vorgang der Auslese, der dadurch vor allem Kindern aus einem etwas bildungsfernen Elternhaus oder aus manchen Familien mit Migrationshintergrund nicht die gleichen Bildungschancen ermöglicht.

Anerkennung des Engagements von Kommunen und Schulverwaltung

Als GEW- und SPD-Mitglied darf und muss ich mich mit den inhaltlichen Fragen zu dieser neuen Schulform auseinandersetzen. Wie im Kreistagsbericht (Seite 12/13) bereits geschrieben, haben sich in den letzten Monaten sowohl Bürgermeister mit ihren Gemeindepardamenten als auch die Schulverwaltung, in Persona allen voran Herr Mäder und Herr Hitzler vom Staatlichen Schulamt Biberach, in unendlich vielen Stunden mit dieser Schule und deren möglicher Organisationsformen auseinandergesetzt. Dafür ein herzliches Dankeschön, auch als Lehrerin.

Ich sehe keine reelle

Chance zur Verbesserung der Bildungs- und Zukunftschancen aller Kinder.

Meine persönlichen Erfahrungen decken sich mit den Beobachtungen vieler Wissenschaftler: Kinder brauchen positive Vorbilder. Kinder brauchen Mitschülerinnen und Mitschüler, die ihnen vorleben und vormachen, wie etwas aussehen kann. Kinder brauchen auch positive Sprachvorbilder.

Kinder brauchen Vorbilder, die vorleben, dass es "cool" ist, Wissensdurst und Neugierde zu haben und zu zeigen.

Wenn wir nun gerade den Kindern, die sich am deutlichsten an Vorbildern orientieren, ihnen nacheifern müssen, nämlich unseren Hauptschülern, die Vorbilder wegnehmen, fehlen ihnen genau jene Vorbilder, denen sie nacheifern könnten und sollten.

Wie sonst könnte es sein, dass auch Grundschulkin-der, die einmal auf die Haupt- oder künftig Werkrealschule gehen, in den ersten vier Schuljahren oft leistungsmotivierter als danach sind, weil in der Grund-



schule die "Zugpferde" noch unter ihnen sind?

Dass alle gemeinsam besser lernen, weiß man in fast allen Ländern der Welt und lässt Kinder und Jugendliche in Gesamtschulen gehen. Nur in einigen konservativ geprägten deutschen Bundesländern hält man an der schulischen Dreigliedrigkeit aus obrigkeitstaatlichen Zeiten unverdrossen fest und lässt sich durch kein noch so kluges Argument davon abbringen.

Es stört dann nicht oder ist womöglich erwünscht, dass die "Bildungselite" kaum eine Ahnung hat, was an Haupt- und Werkrealschulen auch des bisherigen Typs geleistet wird und möglich ist. Vielleicht soll das Kastendenken ja da-

durch gefördert werden, wer weiß ...

Denn wer auch immer das bisherige Schulsystem "bewährt" nennt, gegen den Sachverstand der übrigen Welt, will seine Kinder höchst selten wirklich in der Haupt- oder Werkrealschule wissen. Ob da also nicht "Blinde" von der Farbe reden?

Müssen wir Bildung neu "denken"?

Sehen das unsere verantwortlichen BildungspolitikerInnen nicht? Warum hat unsere Landesregierung, nein, eigentlich unsere gesamte Gesellschaft, nicht den Mut, Bildung einfach ganz neu zu definieren und dann zu überlegen, welches Schulsystem wäre wirklich ein System, das eine humane Gesellschaft ermöglicht?

Wird hier womöglich auch zementiert, dass "Eliten", denen es meist auch finanziell besser geht, über sozial Schwache entscheiden, weil sie deren Welt gar nie kennengelernt haben? Wer für ein paar hundert Euro gepflegt dinieren geht oder zum Skifahren oder Korallentauchen mal irgendwohin jettet, hat doch keine Ahnung, wie es ist, von Hartz IV leben zu müssen. Ist das vielleicht so gewollt?

Dann wäre es für eine SPD aber so was von höchste Zeit, endlich richtig aufzuwachen und noch viel mehr dagegen Sturm zu laufen ...

Diese Fragen müssen wir offen diskutieren. Wer einen Beitrag dazu leisten mag, ist herzlich willkommen. ■

Füchselein vorerst durch "Fremdhilfe" vor dem Hungertod gerettet

"In der Dezemberausgabe habe ich von der Hungersnot des 'Roten Füchseles' gelesen. Es wäre schade, wenn dieses Mitteilungsblatt durch die Hungersnot vom 'Roten Füchsele' eingestellt werden müsste. Sie wissen, dass ich es stets lese. Wenngleich ich nicht Ihrer Partei angehöre, interessiere ich mich sehr für Ihre Gedanken und Ihre ehrenamtliche Arbeit für unser demokratisches Land ..."

Dafür ein ganz besonders herzliches Dankeschön dem freundlichen Spender. Mein besonderer Dank gilt aber auch weiteren großherzigen Spendern, die - mit wenigen Ausnahmen - alle nicht der SPD oder unserem Ortsverein angehören. Vielleicht geben diese positiven Beispiele auch noch mehreren Parteimitgliedern einen "Motivationschub". Ich meine, ein wenn auch noch so kleiner Beitrag aller Mitglieder zur eigenen

Ortsvereinszeitung wäre auch ein Zeichen von Zugehörigkeitsgefühl und vielleicht auch "Anerkennung" der getanen Arbeit.

Allen, die zum Weiterbestehen des Roten Füchseles beitragen, indem sie die Finanznot des Ortsvereins lindern, gilt mein allerherzlichster Dank!

Klärle Dorner

Der gesamten Leserschaft wünschen wir ein gutes Jahr 2010.

Es mögen alle vernünftigen Wünsche in Erfüllung gehen und wir mögen die Weisheit haben, sie von den anderen zu unterscheiden ...

Vorstand und Redaktion



Herzlich willkommen

Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.



Dienstag_s-Treff öffentliche Mitgliederversammlung

5.

Schwert Ehingen

Januar

19.00 Uhr
vorab
Vorstandssitzung
20.00 Uhr

**Vorstand: Kasse beschließen,
Neuregelung Mandatsträgerabgabe**

**Lissabon-Vertrag stärkt die Rechte
von Kommunen in der EU**

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles aus dem Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles aus dem Kreistag
- Leitthema (s. o.)
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
02. Februar 2010
Gaststätte Schwert

Hohe Ehrung für Sigmar Gabriels Rede auf dem Bundesparteitag

Die Fachleute des "Seminars für allgemeine Rhetorik der Universität Tübingen" (früher Lehrstuhl von Walter Jens) haben unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel für seine Rede auf dem Dresdener Parteitag am 13.11.09 den Preis für die beste Rede des Jahres 2009 zuerkannt.

Die Tübinger Rhetoriker schreiben in ihrer Begründung:

Sigmar Gabriel ist es in seiner Rede gelungen, mit Selbstkritik, Scharfsinn und Gelassenheit, aber auch mit Witz und persönlicher Ausstrahlung das Vertrauen der Delegierten zu gewinnen. Außerdem sei die zweistündige Rede an keiner Stelle langweilig gewesen. Damit hat Gabriel diese besonders herausfordernde rhetorische Situation (*Anm: Bewerbung um den SPD-Vorsitz*) mit Bravour gemeistert.

Das Tübinger Rhetorik-Seminar vergibt diesen undotierten Preis sein 1998.

Die Redaktion des Roten Fuchsles gratuliert herzlich zu dieser außergewöhnlichen Ehrung. Wir freuen uns, dass wir so einen hervorragenden Redner an der Parteispitze haben.

Georg Mangold



**... solange die
Endlagerung
nicht geklärt
ist.**

's Rote Füchse (auch?) per E-Mail: Rotes.Fuechsle@t-online.de

Übrigens: E-Mailadressen, die uns fürs Rote Fuchsle genannt werden, verwenden wir für nichts anderes und geben sie selbstverständlich auch an niemand weiter.